



PRESSEMITTEILUNG

## **Klagen gegen Klimaaktivist\*innen: Green Legal Impact reicht Beschwerde bei UN-Sonderberichterstatter ein**

Berlin, 02.07.2024: Green Legal Impact Germany e.V. (GLI) hat heute eine Beschwerde beim UN-Sonderberichterstatter für Umweltschützer\*innen eingereicht. Anlass ist die Klage der Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG Bergbau) gegen zwei Klimaaktivist\*innen, deren Verhandlung heute vor dem Landgericht Cottbus stattfindet. Derartige Klagen üben einen massiven Abschreckungseffekt auf die Ausübung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit aus und sind einer von vielen Bausteinen zunehmender Beschränkung von Handlungsspielräumen der Klimabewegung.

Am 4. Februar 2019 besetzten 23 Aktivist\*innen aus Protest gegen die Empfehlung der „Kohlekommission“ für einen „Kohlekompromiss“ für mehrere Stunden zwei Kohlebagger in den Tagebauen „Welzow Süd“ und „Jänschwalde“ in der Lausitz. Die Betreiberin des Tagebaus, die LEAG Bergbau, verklagte daraufhin zwei der Aktivist\*innen auf Unterlassung von Aktionen, die den Betrieb der Klägerinnen beeinträchtigen. Sie drohte bei Verstoß mit einem Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro bzw. Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten.

Diese Klage zeigt Anzeichen eines „Strategic Lawsuit against Public Participation“ (SLAPP). Bei SLAPPs handelt es sich um eine Form von Rechtsmissbrauch, durch den Unternehmen, Institutionen und staatliche Stellen versuchen, Kritiker\*innen einzuschüchtern. Besonders auffällig ist hier der hohe Streitwert von 200.000 Euro, der durch die Beteiligung der LEAG Kraftwerk AG als Zweitklägerin weiter erhöht wurde, obwohl ihr Kraftwerk 11 km entfernt liegt und kaum betroffen sein dürfte. Zudem wird der Prozess fortgeführt, obwohl die Aktivistinnen bereits 2020 die geforderte Unterlassungserklärung abgegeben haben und sich der Rechtsstreit damit erledigt haben dürfte. Auch das deutet auf einen missbräuchlichen Zweck hin.

Derartige Klagen sind ein weltweit zunehmendes Problem. „Immer häufiger nutzen gerade die Unternehmen, deren fossiles Geschäft maßgeblich zur Verschärfung des Klimawandels beiträgt, rechtliche Instrumente wie Unterlassungsklagen, um Umweltschützer\*innen und NGOs zum Schweigen zu bringen. Dieser Trend ist besorgniserregend und schadet nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch der Demokratie als solcher“, warnt Marie Bohlmann von Green Legal Impact. „Für die Betroffenen bedeuten derartige Klagen eine unheimliche mentale Belastung und ein finanzielles Risiko. Nur wenige sehen sich in der Lage, sich gegen die Einschüchterungsversuche zur Wehr zu setzen.“

Sollte der UN-Sonderberichterstatter den Verdacht einer missbräuchlichen Klage bestätigen, wird er die Bundesregierung zur Stellungnahme auffordern.

**Für Rückfragen wenden Sie sich an:**

Marie Bohlmann, +49 30 235 9779 63, [bohlmann@greenlegal.eu](mailto:bohlmann@greenlegal.eu)

Philipp Schönberger, +49 30 235 9779 65, [schoenberger@greenlegal.eu](mailto:schoenberger@greenlegal.eu)